



Positionspapier des IG Metall Branchennetzwerks Maschinen- und Anlagenbau für gute und sichere Arbeit in der Branche

Die Stimmung im Maschinen- und Anlagenbau bleibt weiter angespannt. In der beschäftigungsstärksten Industriebranche Deutschlands herrscht hohe Unsicherheit. Die Branche befindet sich seit fast drei Jahren in einer Krise mit teils zweistelligen Rückgängen beim Neugeschäft. Die Produktion konnte sich zunächst durch Auftragsbestände halten, sinkt nun aber kontinuierlich. 30.000 Arbeitsplätze sind seit 2023 verloren gegangen. Geopolitische Krisen, stark gestiegene Zölle, die Krise in der Automobilindustrie, ausbleibende Investitionen und ein schwacher Konsum belasten den exportorientierten Sektor erheblich. Zugleich erzeugen subventionierte Wettbewerber aus China immensen Druck. Viele Unternehmen haben versucht, mit Kurzarbeit Beschäftigung zu sichern, doch der Abbau von Arbeitsplätzen und/oder Verlagerungen ins Ausland nehmen stetig zu. Einige Unternehmen stehen vor existenziellen Nöten. Insolvenzen und Standortschließungen nehmen ebenfalls zu.

Maschinenbau als industrielle Schlüsselindustrie

Der Maschinen- und Anlagenbau ist mit über einer Million Beschäftigten ein zentraler Treiber des industriellen Wandels. Für eine gute industrielle Zukunft ist das Know-how des deutschen Maschinen- und Anlagenbaus unentbehrlich: Ohne innovative Maschinen und Anlagen können vernetzte Fabriken mit digitalen Produktionsprozessen nicht realisiert werden. Ohne energieeffiziente Maschinen können Klima- und Nachhaltigkeitsziele nicht erreicht werden. Ohne Energie- und Wärmetechnologien ist eine unabhängige Energie- und Wärmeversorgung nicht umsetzbar. Ohne die Verarbeitung von Rohstoffen und Nahrungsmitteln fehlen in der Gesellschaft lebensnotwendige Güter. „Hidden Champions“ in der Branche sorgen für technologische Exzellenz. Noch können sich viele Betriebe dafür auf gewachsene Netzwerke und hochqualifizierte Fachkräfte stützen – doch die Zukunft ist gefährdet. Klar ist: Der Maschinen- und Anlagenbau steht an einem Wendepunkt. Es gilt, Zukunftschancen zu realisieren und die Weichen richtig zu stellen. Gute und sichere Arbeit ist die Voraussetzung, dass die Branche ihre Rolle als Innovationstreiber erfüllen kann. Jetzt braucht es gezielte Maßnahmen von Politik und Unternehmen in einer sich wandelnden Schlüsselindustrie in einem unsicheren Marktumfeld.

Die Zukunft im Maschinen- und Anlagenbau gemeinsam gestalten!

Um die Herausforderungen in der Branche gemeinsam zu bewältigen und die industrielle Entwicklung nachhaltig zu gestalten, schlägt die IG Metall die Einrichtung eines **„Zukunftsdialogs Maschinen- und Anlagenbau“** unter Leitung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie vor. In diesem Format sollen Vertreter*innen der IG Metall, der Unternehmen, der Wissenschaft und der Politik gemeinsam Strategien entwickeln, um **Innovation, gute und sichere Arbeit und nachhaltigere Standortentwicklung** zu stärken.



Als Themen für den Zukunftsdialog schlagen wir vor:

1. Deutsche und Europäische Wertschöpfung stärken

Mehr Wertschöpfung in Europa stärkt die Resilienz von Lieferketten und reduziert Abhängigkeiten. Betriebsrät:innen bringen sich aktiv ein, dieses Verständnis in den Betrieben zu verankern. Doch subventionierte Wettbewerber verstärken den Fokus auf das Preisniveau. Zudem wird der Wettbewerb durch das unrechtmäßige Inverkehrbringen von in der EU nicht zugelassenen Maschinen erschwert.

Die IG Metall und die Betriebsrät:innen fordern von Politik und Unternehmen:

- ▶ Einführung von Local-Content-Regelungen bei staatlichen Mitteln (wie Wirtschaftsförderung, verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten): **Wer in Europa verkauft, muss auch mit heimischen Arbeitskräften und Komponenten produzieren!**
- ▶ Reduzierung von **Abhängigkeiten** (z.B. bei seltenen Erden und Halbleitern sowie von US-Datenplattformen). Es braucht öffentliche Beteiligungsfonds, die die Refinanzierungsmöglichkeiten von KMUs erleichtern. Darüber hinaus ist die technologische Substitution voranzutreiben.
- ▶ strategische Investitionen zum **Erhalt** der bestehenden und zur **Ansiedlung und Industrialisierung neuer Wertschöpfungsketten und Schlüsseltechnologien** (etwa Halbleiter, Batterie, KI), insbesondere mit Blick auf die **Stärkung europäischer Alleinstellungsmerkmale**.
- ▶ **effektivere Markt- und Einfuhrüberwachung** zur Einhaltung von EU-Rechtsvorschriften (etwa bei Zertifikaten, Sicherheitsbestimmungen).
- ▶ **strategische öffentliche Förderung von Technologieclustern**, um heimische Standorte und Beschäftigung zu sichern.

2. Handelsabkommen forcieren – Neue Märkte erschließen

Die USA sind für den Maschinen- und Anlagenbau der wichtigste Einzelexportmarkt, gefolgt von China. Der „Zoll-Deal“ zwischen den USA und der EU bringt den deutschen Anbietern jedoch keine Planungssicherheit. Durch die Zollpolitik sind die Unternehmen vielmehr mit neuen Kosten belastet – insbesondere durch die anteiligen US-Zölle auf Stahl und Aluminium. Zudem erschweren China und andere Länder zunehmend den Marktzugang. In Zeiten wachsender globaler Unsicherheit müssen daher Exportmärkte diversifiziert werden.

Die IG Metall und die Betriebsrät:innen fordern von der Politik und Unternehmen:

- ▶ Weiterentwicklung der **Unternehmensstrategie zur Erschließung neuer Märkte** und ggf. notwendiger Kooperationen.
- ▶ **Zeitnahe Umsetzung, Abschluss und Nachverhandlung fairer und nachhaltiger Handelsabkommen** mit anderen Ländern (etwa mit Mercosur, Indien), die industriepolitische Handlungsfreiheit sichern.
- ▶ Einsatz für die erneute **Thematisierung der US-Zölle durch die EU**.



3. Innovationskraft stärken

Die Innovationskraft deutscher Unternehmen, gerade bei der Umsetzung digitaler Innovationen und Geschäftsmodelle, fällt im internationalen Vergleich immer weiter zurück. Gleichzeitig stellen oft subventionierte chinesische Hersteller zu günstigeren Preisen wettbewerbsfähige Maschinen her. Unsere High-End-Strategie reicht nicht mehr aus. Staatliche Innovationsförderung berücksichtigt bislang zu wenig die angewandte Wissenschaft, die gesamten Wertschöpfungsketten und die Kundenperspektive. Mitbestimmung gestaltet Innovation aktiv mit. Wenn ein Betriebsrat vorhanden ist, sind Unternehmen innovativer.

Die IG Metall und die Betriebsrät:innen fordern von der Politik und Unternehmen:

- ▶ **Investitionen in Innovation und Digitalisierung**
- ▶ **Verknüpfung staatlicher Innovationsförderung mit Standort- und Beschäftigungsgarantien sowie Tarifbindung.**
- ▶ **bessere Verzahnung von Grundlagen- und anwendungsorientierte Forschung auf Basis konkreter betrieblicher Projekte** bei der Innovationsförderung – insbesondere für KMU.

4. Industriellen Wandel nachhaltig gestalten

Die Branche befindet sich im Wandel: Beschäftigte und Betriebsrät:innen begleiten in den Unternehmen Digitalisierung, Künstliche Intelligenz, Klimaneutralität und neue Arbeitsmodelle. Doch vielfach braucht es eine politische Rahmensetzung, damit zukunftsweisende Produkte in der Breite etabliert werden. Zudem können insbesondere klein- und mittelständische Unternehmen Veränderungsprozesse oft nicht allein bewältigen.

Die IG Metall und die Betriebsrät:innen fordern von der Politik:

- ▶ **Ausbau der Energie- und Wärmeinfrastruktur** (regenerative Energien, leistungsfähige Stromnetze, Energiespeicher, Wasserstoffinfrastruktur).
- ▶ **einfacher Zugang zu Förderprogrammen**, insbesondere für Digitalisierung und nachhaltige Geschäftsmodelle (etwa Green-Tech, Kreislaufwirtschaft).
- ▶ **verstärkte Außenwirtschaftsförderung von KMU** (etwa über das 'Mittelstand Global' Programm)
- ▶ **Planungssicherheit** durch schnelle und regierungsübergreifende, konsensuale politische Entscheidungen zu Förderprogrammen und dem Ausbau der Energie- und Wärmeinfrastruktur.



Über den Zukunftsdialog hinaus fordern die IG Metall und die Betriebsrät:innen:

Standort- und Beschäftigungssicherung durch Stärkung von Mitbestimmung forcieren

Gerade in Zeiten tiefgreifenden Wandels ist Mitbestimmung kein Hemmnis, sondern ein Erfolgsfaktor für nachhaltige und akzeptierte Veränderung. Manager:innen kommen und gehen, Mitbestimmung bleibt bestehen. Beschäftigte, Vertrauensleute und Betriebsrät:innen gestalten Veränderungen aktiv mit und sorgen für Kontinuität im Betrieb. Ihre Gestaltungsmöglichkeit ist allerdings rechtlich begrenzt. Häufig werden Entscheidungen wider besseres Wissen und in Konzernebenen ohne Mitbestimmungsstrukturen getroffen. Das Wissen der Betriebsrät:innen muss deshalb stärker in strategische und wirtschaftliche Entscheidungen einfließen. Gleichzeitig dürfen (ausländische) Konzerne nicht weiterhin in der Lage sein, Gesellschaftsstrukturen so zu gestalten, dass Unternehmensmitbestimmung ausgehebelt wird.

Die IG Metall und die Betriebsrät:innen fordern von der Politik:

- ▶ **Modernisierung des Betriebsverfassungsgesetzes; mehr Mitbestimmungsrechte für Betriebsrät:innen bei strategischen Entscheidungen** wie Standortentwicklung, Beschäftigungssicherung oder Qualifizierung. Wenn das Betriebsverfassungsgesetz von Mitbestimmung spricht, muss ein Initiativrecht des Betriebsrats bestehen.
- ▶ **rechtliche Möglichkeit zur Bildung eines Konzernbetriebsrats**, auch bei ausländischen **Muttergesellschaften** und wenn es keine Teilkonzernspitze in Deutschland gibt.
- ▶ **Mitbestimmungsrechte bei Maßnahmen und Entscheidungen von der Konzernspitze im Ausland**, bei denen der inländische Arbeitgeber nicht involviert wird.

Fachkräftesicherung durch Ausbildung und Qualifizierung verbessern

Es muss auf mehr Innovation, mehr Investitionen und mehr Wertschöpfung gesetzt werden. Das gelingt nur mit exzellent ausgebildeten und hochmotivierten Fachkräften. Betriebsrät:innen setzen sich in den Unternehmen für hohe Ausbildungsquoten und Möglichkeiten zur persönlichen Weiterentwicklung ein. Doch der Maschinen- und Anlagenbau leidet unter einem Mangel an Ausbildungsplätzen und unzureichenden Investitionen in Weiterbildung.

Die IG Metall und die Betriebsrät:innen fordern von Politik und Unternehmen:

- ▶ **bessere Befähigung von jungen Menschen** für einen Ausbildungsberuf durch mehr Investitionen in das Bildungssystem.
- ▶ Attraktivität der Branche durch **gute Ausbildungsbedingungen** und eine **wertschätzende Unternehmenskultur** erhöhen.
- ▶ **umlagefinanzierte Ausbildungsgarantie**, die den **Ausbau überbetrieblicher Ausbildungszentren** fördert, insbesondere für KMU.
- ▶ **bundeseinheitliches Weiterbildungsgesetz** und ein **umfassendes Mitbestimmungs- und Initiativrecht bei der Berufsbildung** für den Betriebsrat. Beschäftigte sollen weitergehende Rechte auf Weiterbildungsmaßnahmen erhalten, um Kurzarbeit mit Weiterbildung zu verbinden